

Dresdner Volkszeitung

Redaktion: Dresden,
A. & Comp. Nr. 1208.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Büro: Amhof, Dresden.

Ferienpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 22,00 M., durch die Post
zweijährlich 66,00 M., unter Freigang für Deutschland monatlich
85,00 M., Einzelpreis 1,00 M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettinerplatz 10. Tel. 25281.
Sprechstunde nur wöchentlich von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Bettinerplatz 10. Tel. 25281.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachts.

Anzeigenpreis: die 8 geplattete Kompareilzeile 6,00 M., Familienanzeigen
4,00 M., die 8 geplattete Reklamezeile 24,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe
Erhöhung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung
zur Aufnahme am vorgeschriebenen Tag. Für Briefniederlegung 1 M.

Nr. 125

Dresden, Mittwoch den 31. Mai 1922

33. Jahrg.

Neue Entente-Forderungen

Die rheinischen Eisenbahnen

Dem deutschen Botschafter in Paris ist von dem Präsidenten der Botschaftskonferenz folgendes von Poincaré unterzeichnete Note beigegeben worden:

Herr Botschafter! Artikel 43 des Vertrages von Versailles schreibt:

„Die Belbehaltung aller materiellen Vorkehrungen für eine Mobilisierung auf dem linken Ufer des Rheins und westlich einer 50 Kilometer östlich dieses Stromes verlaufenden Linie unterfragt.“

Die verbündeten Mächte haben prüfen lassen, welche Maßnahmen passendweise auf das rheinische Eisenbahnnetz in Beziehung des genannten Artikels angewendet sind, um diese Arbeiten nicht weiter militärisieren, ohne indessen wiederum seine gegenwärtige wirtschaftliche Ausdehnung zu beeinträchtigen. Von diesen Maßnahmen sind diejenigen, die auf dem linken Rheinufer im Bereich der neutralisierten nichtbesetzten zu bewirken sind, der deutschen Regierung durch den General-Kollet, Vorsitzenden der zentralisierten Militärkontrollkommission, bekanntgegeben worden. Ihre Ausführung ist im Range, in den betroffenen Gebieten durch die verbündeten Mächte in Verfolgung angestellten Unterladungen beschlossen, die Eisenbahnlinien in zwei Gruppen zu klassifizieren:

1. Augenblicklich im Bau befindliche Einrichtungen.

Unter den augenblicklich in Ausführung befindlichen Arbeiten an den Eisenbahnnetzen betreffen gewisse solche Errichtungen aus Liniens, Verdopplung, Verbreiterungen von Straßen usw.), deren Programm militärischen Zwecken entspricht, ohne Rücksicht zu berücksichtigen, ohne Vorzeile in militärischer Hinsicht zu bieten. Die verbündeten Mächte können die deutsche Regierung auf diese Arbeiten unverzüglich und endgültig einzufordern. (Siehe An-

2. Bestehende Einrichtungen.

Im bestehenden rheinischen Eisenbahnnetz finden sich zahlreiche Einrichtungen, die zu einem rein militärischen Zweck geschaffen wurden und keinerlei wirtschaftliches Interesse bieten. Die Belbehaltung lässt sich nach der Räumung des rheinischen Gebietes der verbündeten Truppen nicht mehr realisieren. Die verbündeten Mächte verlangen deshalb, dass die in dem abzuhenden Gebiet in dem Augenblick, in dem die verbündeten Truppen die besetzten Gebiete räumen, zerstört oder abgebaut werden, doch sie den militärischen Charakter verlieren. (Siehe Anlage 2.)

Amerika gegen die Ruhrbesetzung

New York, 29. Mai. Unter dem Titel „Amerikanische Bankiers gegen die Ruhrbesetzung“ veröffentlicht das Wallstreet-Journal einen ausführlichen Artikel gegen die Besetzung weiteren deutschen Gebietes mit der Begründung, dass dadurch die deutsche Wirtschaft weiter geschwächt und eine internationale Anteilnahme die politische Unterlage entzogen werde. Eine Bekämpfung an der Seite von amerikanischer Seite sei ganz undenkbar. Anherwürden die Kosten für die neuen Verbündetentruppen Frankreichs deutlich verschlechtern und auch die amerikanische Stimmung nochmehr beeinflussen, da erneut gewaltige Summen für unproduktive Zwecke vergeudet würden.

Der Monarchistenrummel in Bayern

München, 29. Mai. (Eigener Bericht)

Die Abreise der Münchner nationalsozialistischen Arbeiterpartei, den Besuch des Reichspräsidenten in München zu Besuch und zu verhindern, wurde in Münchner Blättern sehr kritisch kommentiert. Während sich die Staatszeitung im rauschenden Schweigen hält, schreibt der Bayerischen Kurier: „Was der verfügt wird, ist Terror, nur von einer andern Seite, als man es bis jetzt gewohnt war, sicherlich befinden sich unter den nationalsozialistischen Sozialisten nicht wenige frühere Parteiflotten. Wir bedanken uns für einen solchen Gedenkraum nach fassichtidem Muster. Eine Staatsgewalt, die vor derartigen Tropungen kapituliert, würde sich aller Autorität begeben.“ Die Münchner Post sagt: „Was der Polizei zu tun? Das Gesetz gibt ihr nicht nur den Auftrag, begangene Straftaten zu verfolgen, sondern auch gewisse zu verhüten. In diesem Falle kann sie sich nicht wie bei der Flugzeugabsturz am Bahnkörperke darauf hinausreden, dass sie die geistigen oder tatsächlichen Urheber der Straftat nicht gekannt habe. Man kann ihrer vorbeugenden Tätigkeit mit Interesse entgegensehen.“

Zu dem Nebenspiel auf die Ententekommission in London, der vor einigen Tagen erfolgte, erfährt die Münchner Post, dass das ganze „Aventur“ von einer amtlichen Dienststelle angegangen worden ist. Das Publizum war von der Zukunft des Militärautos verständigt, das Einfahrtstor abschließend geschlossen worden, um den nationalsozialistischen Kumpel der Unfeindlichkeit der in Zivil gekleideten Ententeoffiziere auf dem Platz vor dem Marktplatz durchführen zu können. Die Augsburger Abendzeitung feiert diese Veldentat als eine Feier der erwachten niederbayerischen Bevölkerung. Am letzten Sonntag stand München wieder im Feuer, als ihre bayerischen Landesparteiflügel zu wütenden Angriffen gegen Sozialisten und Demokraten auffielen. Das Bildschirm beherrschte der „Marinelog“ und der „Gedenktag der Nachrichtentruppen“. Von den Reparationen des Regimes wurden bei den verschiedenen Paraden vorbereitet: Erzherzog Rudolf, Prinz Leopold, Prinz Eitel, Prinz Ludwig Ferdinand, Ludendorff, Rahn, Groener, Roth, dem Kronprinzenpalais glaubte eine Anzahl Unrechtschaffener den an: „König“ erzielten Erfolgen knapp fortgeschriebene Huldigungen darbringen zu müssen.

Bayerische „Außenpolitik“

Die Korrespondenz Hoffmann meldet aus München: Am Montag sollte die Landespolizei in Landshut durch Mitglieder der zentralisierten Kontrollkommission in München

Das Banner der Einigung

Von Karl Rautenkranz

Im neuesten Heft der U.S.P.-Zeitschrift Der Sozialist redet Karl Rautenkranz mit den Redfern der U.S.P. ab und macht dem rechten Flügel zum Vorwurf, dass er seine Meinung nicht energisch genug verfochten habe, so dass die kommunistische Strömung immer wieder besiegt habe. Zum Schluss fordert er vom der Opposition ein entschiedeneres Eintreten für ihre realpolitischen Forderungen, zu denen die Einigung mit der S.P.D. gehört. Es ist charakteristisch für die Situation bei den Kommunen wie für Autoren vorbehaltloser hinnnehmen können als die Väter seiner Partei. Wir geben hiermit den Schluss jenes Artikels wieder.

Was nun? Wollen die Genossen der Opposition es bei ihren bisherigen Anerkennungen beenden lassen? Dann sind sie politisch tot, was nicht nur in ihrem persönlichen Interesse, sondern weit mehr noch im Interesse unserer Sozialdemokratie bedeuten würde, denn zu ihnen gehören einige der besten Köpfe der deutschen Sozialdemokratie überhaupt. Sie ist nicht so reich an Kräften, dass sie so leichtlich auf jene verlaufen könnte.

Sollen die faltiggestellten Mitglieder der Opposition einfach aus der Partei austreten, in der ihnen die Wirkungs möglichkeiten, wenn nicht ganz abgeschnitten, so doch sehr begrenzt sind? Auch das kommt nicht in Frage, denn das bringt vorzeitig die Illate ins Sterben.

Aber eines müssen sie tun, was sie schon längst hätten tun müssen: offen das Banner der Sozialdemokratie entrollen, für die Einigung in irgendeinem höheren Sinne, in dem sie die Einigung der Gewalt bedeutet, sondern das Banner der wirtschaftlichen und wohlfahrtlichen Einigung, das der sofortigen Verschmelzung der beiden sozialdemokratischen Organisationen. Jede andere Form der Einigung bedeutet bloß ein Erstreichen und Hinausschieben, bedeutet bloß ein Sabotieren der wirtschaftlichen Einigung. Wer zu dieser nicht bereit ist, der hindert die Einigung, der schwächt das Proletariat, der hindert es an der Erreichung der politischen Macht, der ist ein Feind des Proletariats und der Revolution, wie sehr er auch von Proletariertreue und der Revolution, wie sehr er auch von Proletariertreue trieb und mit revolutionären Donnerworten die Luft erfüllen mag.

Die Einigung muss unter Panier sein, für sie muss der Kampf entbrennen. Nicht etwa für oder gegen Koalitionspolitik oder für oder gegen das Steuerkompromiss. Es gilt vielmehr zu zeigen, dass die Einigung über diesen Fragen steht, dass seine von ihnen so wichtig ist wie die Einigung, dass Meinungsverschiedenheiten über sie die Einigung nicht behindern dürfen. Wer die Einigung der beiden Parteien hinausschiebt, bis alle Meinungsverschiedenheiten solcher Art aufgelöst sind, der will sie für immer unmöglich machen. Und wir dürfen mit der Einigung nicht länger dösen. Schon zu lange hat die Spaltung des Proletariats gelähmt.

Es handelt sich bei der Einigung nicht etwa darum, zu verbrennen, was man bisher angebetet hat, und umgekehrt. Das wäre keine Einigung, sondern eine Kapitulation. An eine solche denkt kein Mensch.

Bei jeder wahrhaften Einigung, die wir bisher in der Parteigeschichte zu verzeichnen hatten, sind beide Teile bei ihren Überzeugungen geblieben. Nach der Einigung von 1875 führten die Rossallianer fort, die Politik, die sie bis dahin getrieben, für richtig zu halten. Und das gleiche war der Fall bei den Eisenähnern. Weder Faure noch Guesde haben ihre Vergangenheit verlängert, als ihre Parteien sich 1905 vereinigten. Und wenn ich heute zur Einigung rufe, habe ich keineswegs die Absicht, meine Ansichungen über die Arzegspolitik und den Rosselius zu revidieren. Wenn 1875 und 1905 die Einigung möglich wurde, geschah es nicht wegen einer Meinungsänderung von links und rechts, sondern weil die Parteien, die trennend gewirkt hatten, auseinander, aufreißt zu bestimmen. Das gilt auch jetzt. Wie immer wir über die Kriegsförderung und Rosselius denken mögen, für die Probleme der Gegenwart ist das an Bedeutung sehr zurückgetreten. Und das gleiche gilt auch von dem dritten Factor, der neben den beiden genannten die Spaltung bisher förderte, dem kommunistischen Geist, der sich überall als Strahlensplitter etabliert hat. Solche werden und müssen wir in unsern Reihen Herr werden. Das heißt aber nichts anderes, als den Boden bereiten für die Einigung der beiden sozialdemokratischen Parteien. Denn nur noch der kommunistische Einfluss bei uns hindert den Zusammenschluss.

Wäre es aber nicht besser, wenn wir uns schon einigen wüssten, alle drei Parteien zu einigen und die Kommunisten mit in die neue Gemeinschaft einzuschließen? Wenn das gelinge, hätte ich auch dagegen nichts einzuwenden, wie ich auch in Russland einen Ausweg aus der Taschette der bolschewistischen Politik in einem Koalitionsministerium sah, in dem alle sozialistischen Parteien vertreten wären.

Über damit das möglich wird, müssten die Kommunisten sich gründlich ändern, während zwischen den Männern der S.P.D. und der U.S.P. eine Vereinigung ohne solche Aenderung möglich wäre.

Die Propagierung kommunistischer Ideen in einer sozialistischen Gesamtteilung würde ich nicht fürchten. Der wäre kein Erfolg beschieden. Was aber das Ergebnis-